

Wichtige Mitteilung an unsere Unterstützer

geschrieben von Admin | 2. März 2022

EIKE wurde die Gemeinnützigkeit bis auf weiteres entzogen – rechtliche Schritte dagegen wurden bereits eingeleitet

Von EIKE Redaktion

Mit Datum vom 18. Februar 2022 hat das Finanzamt Jena qua Bescheid EIKE die Gemeinnützigkeit entzogen. Wir legen fristgemäß Widerspruch gegen diesen Bescheid ein und halten unsere Leser und Spender auf dem Laufenden.

2012 erhielt das Europäische Institut für Klima und Energie (EIKE) vom Finanzamt Jena den Status der Gemeinnützigkeit zuerkannt. Dieser steht Vereinen u.a. deshalb zu, wenn sie sich um wegen Förderung von Wissenschaft und Forschung (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 AO) und Förderung der Volks- und Berufsbildung sowie der Studentenhilfe (§ 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AO) bemühen. Diese Voraussetzungen sah das Finanzamt jahrelang als gegeben an und bestätigte diese auch immer wieder.

Anfang vergangenen Jahres, kurz nach der endgültigen Absage der Landtagswahl in Thüringen, änderte sich das jedoch, als uns das Finanzamt wissen ließ, dass es die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit nun in Frage stelle. Dem vorausgegangen waren viele Attacken in den Hauptstrommedien, im ÖR Fernsehen oder im links-grünen Berliner Tagesspiegel.^[1] Immer wieder sprachen Journalisten bzw. Aktivisten bei unserem Finanzamt mit dem Ziel vor, EIKE die Gemeinnützigkeit aberkennen zu lassen. Eine Zeit lang kamen sie damit nicht durch, aber offensichtlich haben sie irgendwann doch einen Stein ins Rollen gebracht und das Finanzamt nahm den Faden auf und begann, unsere Gemeinnützigkeit mit dem Ziel der Aberkennung derselben zu „überprüfen“.

Auf die Information hin, dass diese Überprüfung eingeleitet werde, ergab sich ein Protest-Schriftwechsel, mit dem wir unsere Leser nicht langweilen wollen, weil dann im Sommer der nächste Schlag erfolgte, nämlich durch die Ankündigung, dass das Finanzamt Jena nun unsere Wissenschaftlichkeit (nicht die Förderung der Wissenschaft) zum Gegenstand eines „Gutachtens“ machen werde – durch einen Leitautor des Klimagremiums IPCC! Denn damit wurde ein uns bis dahin unbekannter Honorarprofessor Dr. Sönke Zaehle (hier) vom Max-Planck-Institut für Biogeochemie in Jena beauftragt. Dieser Wissenschaftler hat aber nicht nur Geoökologie und Umweltwissenschaften studiert, sondern auch am Potsdam Institut für Klimafolgenforschung promoviert. Und er ist, wie erwähnt, ein führender Autor des IPCC-Klimaberichtes, worauf er selbst in seinem Begleitschreiben ausdrücklich hinweist: Seine Arbeiten für das

IPCC hätten ihn so in Anspruch genommen (und auch Corona, dummerweise), dass er erst viele Monate nach Auftragserteilung dazu gekommen sei, sein Gutachten fertig zu stellen (s. Anhang). Mehr geballte Voreingenommenheit geht eigentlich nicht, jedenfalls unserer unmaßgeblichen Meinung nach.

Unser schriftlicher Einspruch gegen diese Vorgehensweise hatte keinen Erfolg. Das Gutachten wurde wie angekündigt in Auftrag gegeben und erstellt. Es ist nach unserer Meinung zwar sehr umfangreich geraten, aber das viele Papier nicht wert, worauf es geschrieben wurde. Es bezieht sich im Wesentlichen auf unsere Aktivitäten im Jahre 2018, so war der Auftrag, und verreit diese nach Strich und Faden. Was bei der Wahl des Gutachters wohl niemanden erraschen kann. War doch gerade das Jahr 2018 das Jahr, an dem wir besonders viele bedeutende und zum Teil preisgekrönte Wissenschaftler auf unserer Jahreskonferenz in München begrüßen konnten, deren Arbeiten teilweise auch vom IPCC zitiert werden. Kernaussage des Gutachtens („Gutachtens“) ist sicher, daß es beim Kima nur eine einzige Wahrheit geben kann, die vom IPCC definiert wird. Nach dieser Einschätzung ist also nur der Wissenschaftler, der Äußerungen des politisch gelenkten IPCC vorbehaltlos applaudiert. Aussagen zum Themenbereich „Energie“ finden sich hingegen nicht. Aber lesen Sie selbst (hier)!

Was bedeutet das nun für uns und unsere Spender?

Fest steht zunächst einmal, dass EIKE bis auf weiteres nicht mehr gemeinnützig ist, und deswegen auch keine Spendenquittungen mehr erstellen darf, die steuerlich geltend gemacht werden können. Allerdings – so unsere Kenntnis der steuerlichen Behandlung derselben – genießen die Spender einen Vertrauensschutz und können darauf bauen, dass sie ihre Spenden nicht nachversteuern müssen.^[2] Stichtag ist der 18. Februar 2022. Daß wir weiter den Eingang von Spenden quittieren, versteht sich natürlich von selbst. Nur absetzbar sind solche Quittungen eben nicht.

Jedem und jeder, der bzw. die die politische Entwicklung in Deutschland in den letzten Jahren gerade beim Klimathema verfolgt hat, kann sich auf diese Entscheidung seinen Reim machen. Was 2012 noch gemeinnützig galt, gilt heute als wissenschaftlich unzulässige Kritik. Die wenigen, die noch öffentlich als Kritiker auftreten, sollen mundtot gemacht werden. Dabei spielt es auch keine Rolle, daß das meiste von dem von uns Befürchteten inzwischen eingetreten ist. Von einer „Kugel Eis“ (Trittin) spricht heute keiner mehr.

Fest steht allerdings auch, daß wir gegen diese Entscheidung alle uns zur Verfügung stehenden Rechtsmittel einlegen und unseren Fall auch international bekannt machen werden. Dazu stehen wir bereits mit einigen Juristen und Fachleuten in regem Austausch und bereiten gerade entsprechende Schriftstücke vor. Es darf einfach nicht sein, daß ein einziger Gutachter und ein paar Hintermänner oder -frauen darüber entscheiden können, was wir alle zu denken, zu sagen und zu schreiben

haben. Selbst Regierungsmitglieder schwenken ja vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges bereits auf unsere Linie ein, der viele EIKE-Voraussagen auf dramatische Weise bestätigt. Wir sind also guter Hoffnung, aus unserer Auseinandersetzung mit der Finanzbürokratie als Sieger hervorzugehen.

Wie erfolgreich wir damit sein werden und in welchem Rahmen wir unsere Arbeit fortsetzen können, oder auch nicht, entscheiden auch Sie, liebe Spender. Lassen Sie es, wenn immer sie es finanziell stemmen können, bitte nicht dazu kommen, und halten Sie uns bitte weiter als Spender die Treue! Wir haben jetzt trotz aller Widrigkeiten 15 Jahre durchgehalten und wollen noch mindestens 15 Jahre weiter machen. Der ständig wachsende Zuspruch – auch durch Klimaexperten aus Universitäten des In- und Auslandes gibt uns recht. Unsere Publikationsliste von Fachaufsätzen wird immer länger.

Für Ihre Spende bedanken wir uns schon jetzt!

1. Details dazu hier ↑
2. Auskünfte aus dem Internet ohne Gewähr: A. Der Spender darf auf die Richtigkeit der Zuwendungsbestätigung vertrauen. Daher bleibt ihm der Spendenabzug bei der Einkommensteuer erhalten, auch wenn dem Verein für das betreffende Jahr die Gemeinnützigkeit aberkannt wird. B. Spenden sind dann als Schenkungen anzusehen. Bei Spenden > 20.000 € im Einzelfall kann es Schenkungsteuer fordern. Für Vereine gibt es aber einen Ausweg. Wenn die Zuwendungen im ideellen Bereich verwendet wurden, ist der Verlust der Gemeinnützigkeit schenkungs- und erbschaftsteuerlich ohne Folgen. Dann greift die Auffangvorschrift des § 13 Absatz 1 Nummer 17 ErbStG. ↑

Das Ende der Wende – eine Umkehr nach der anderen?

geschrieben von Admin | 2. März 2022

Von Frank Hennig

Es ist wieder Krieg. Noch sind die Folgen nicht klar, aber die vollökologische, dekarbonisierte Zukunft wird es in Deutschland nicht geben. In jedem Fall wird die deutsche Energiewende schneller scheitern als vorher absehbar. Eine Konstante bleibt: die Orientierungslosigkeit deutscher Politiker.

In den frühen Morgenstunden des 24. Februar 2022 wurde die deutsche, national angelegte Energiewende durch Außeneinfluss beendet. Der „Übergangs“-Energierohstoff Erdgas wird nicht mehr in Menge und Preis den Hoffnungen entsprechen. Gaskraftwerke mit 23 bis 40 Gigawatt installierter Leistung (die heutigen Kohlekraftwerke bringen reichlich 40 Gigawatt ein) wurden bis 2030 errechnet, es wird aber nur wenige neue geben.

Die von Glaube und Hoffnung getragenen Prognosen zur deutschen Dekarbonisierung via Erdgas sind wie eine Seifenblase geplatzt. Unfassbar tragisch wurde das Gebäude einer europäischen Friedensordnung zerstört und die Furcht vor Eskalation nimmt zu. Die Windbranche will Kriegsgewinnler werden und preist den „Energiewendeturbo“ mit ganz schnellem und flächenmäßig uneingeschränktem und rücksichtslosem Ausbau als Lösung an. Heißes Gas soll durch laue Luft ersetzt werden. Dabei wird vergessen, dass dies seit 20 Jahren nicht funktioniert und in unserem Land nichts mehr schnell geht. Das Potenzial an Rohstoffen, Material und vor allem Fachkräften wird immer übersichtlicher. Insbesondere der Fachkräftemangel wird uns limitieren. War die Generation der Babyboomer noch mit dem Schinder-Gen ihrer Kriegs- und Nachkriegs-Elterngeneration versehen, setzen Teile der jetzt ins Berufsleben Tretenden andere Prämissen. Es gibt heute im Land mehr Studierende der Theaterwissenschaften als Auszubildende im Fliesenlegerhandwerk. Berufswünsche sind heute Blogger, Influencer, Model (wenn möglich) oder was mit Medien.

Work-Life-Balance steht im Vordergrund, viel Geld verdienen ist nicht mehr wichtig. Konkrete Arbeit an der Infrastruktur schreckt ab, bringt sie doch zuweilen Lärm, Hitze und Dreck mit sich. Und Schichtarbeit rund um die Uhr: Das ist nicht verlockend für Jugendliche, die gern Stuhlkreise besetzen, hüpfen und den Alten die Weltzerstörung vorwerfen. Während nicht weit von uns die Kanonen donnern, werfen sie Tomaten auf die FDP und kleben sich sinnfrei auf Straßen fest.

Die Idee, wirklich hilfreich zu sein (bei Spendensammlungen für die Ukraine oder der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen, auf den Covid-Stationen der Krankenhäuser, bei Tafeln oder anderweitig sozial) kommt denen nicht. Wo sind die FFF-Kinder, die „letzte Generation“, Greenpeace, „Ende Gelände“ und andere Scharfmacher, wenn es konkret wird? Der BUND und Grüne Liga klagen gegen den nur noch knapp zwei Jahre laufenden Braunkohle-Tagebau in Jänschwalde wegen eines Formfehlers in der wasserrechtlichen Genehmigung und wollen ihn damit sofort stillsetzen. Ideologisierte juristische Rechthaberei geht vor der Suche nach Lösungen.

Nun ist wieder Krieg in Europa, bisher kaum vorstellbar.

„Die gesamte Energiewende wird damit schlagartig einem Realitätscheck

und einem Stresstest unterzogen“, sagt Sachsens Ministerpräsident Kretschmer und bestätigt damit, dass es den Realitätscheck bisher nicht gab. Gleichzeitig zweifelt er den vorgezogenen Kohleausstieg 2030 an, nicht jedoch den 2038 und den Fahrplan dahin. Die FDP steigt aus dem Mustopf, der energiepolitische Fraktionssprecher Michael Kruse will den Rückbau des Kraftwerks Moorburg aussetzen. Zur Info: Das Personal ist weg, das Interieur zum Teil schon verkauft und Betreiber Vattenfall wird das genau so wenig tun, wie die KKW-Betreiber die Laufzeiten verlängern würden. Die Realitätsferne deutscher Politiker ist Weltspitze.

Klimaminister Habeck meinte indes, die beste Antwort auf die Importabhängigkeit sei der Ausstieg aus der Kohle, also auch der heimischen, preislich kalkulierbaren und reichlich vorhandenen Braunkohle. Importabhängigkeit verringern durch Aufgabe eigener Ressourcen, das ist die grüne Logik.

Steigende Gaspreise will er ausgleichen, auf russisches Gas könne man verzichten. Der Eon-Vorstandsvorsitzende Leonhard Birnbaum warnt indes vor Gasengpässen und Stilllegungen bei Industriekunden. Habeck will notfalls die Schuldenbremse aussetzen, weil die (vorher absehbare) Energie-Situation der wirtschaftlichen Notsituation der Pandemie entspräche. „Am Ende ist es nur Geld“, sagt er. Bezeichnend für einen Wirtschaftsminister, der aus dem Klima kommt.

Gestern nun eine Wende in der Verteidigungspolitik. Folgt eine Wende in der Energiewende? Habeck jedenfalls ließ nun vernehmen, er wolle nicht ausschließen, Kohlekraftwerke länger laufen lassen zu müssen; auch Atomkraftwerke länger am Netz zu lassen, werde geprüft, würde aber im nächsten Winter noch nicht helfen, weil die Abschaltung schon sehr weit betrieben wurde. Die Frage, wie die Energieversorgung zu jeder Zeit und Wetterlage künftig aufrechterhalten werden kann, wird uns zunehmend beschäftigen. Dabei wird das Thema Kälte den Hype um die „Erderhitzung“ verdrängen. Vorerst setzt die Regierung noch andere Prioritäten. Einen Tag nach Kriegsbeginn kündigte Justizminister Buschmann (FDP) eine Ablösung des Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz an.

Interessant wird die Diskussion um eine eventuelle Aktivierung der Wehrpflicht werden, sie ist ja nur „ausgesetzt“. Eine unbequeme Stichtagsregelung wäre unvermeidbar und natürlich müsste sie alle Geschlechter umfassen.

Alle Studien mit Grafiken, die in gerader Linie sinkend die deutschen CO₂-Emissionen bis 2045 zur Nulllinie führen, sind seit dem 24. Februar ein Fall fürs Altpapier oder die Löschtaste.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Klimagerechter Winterwind und toleriertes Gas

geschrieben von Admin | 2. März 2022

Das Wetter meint es zurzeit gut mit der deutschen Energiewende. Wie bestellt bläst in den ersten zwei Monaten nach den weiteren Abschaltungen von Kern- und Kohlekraftwerken zum Jahresende 2021 ein kräftiger Wind. Nur die Preise zeigen den Mangel an Erzeugung und hohe Systemkosten. Wird der Wettergott weiter gnädig zur Fortschrittsregierung sein?

Von Frank Hennig

Geradezu ein Marathon an Sturmtiefs überquerte im Februar unseren Kontinent. Insbesondere Ylenia, Zeynep und Antonia forderten nicht nur Menschenleben, sondern auch einen Milliarden-Sachschaden. Bei Zehdenick in Brandenburg stürzte ein Hochspannungsmast um. Eine gefallene Windkraftanlage in Wales, ein abgerissenes Rotorblatt auf der „Nauener Platte“ westlich von Berlin sind zu verschmerzen angesichts der Einkünfte der Windmüller, deren Profit nach unten abgesichert, nach oben hingegen unbegrenzt ist.

Am 16. Februar wurde ein Windstromspitzenwert, gleichzeitig ein Rekord, von 47,12 Gigawatt (GW) ins deutsche Netz eingespeist. Für Januar und Februar 2022 schätzt man nun einen Windstromertrag von 37 Terawattstunden (TWh), berichtet die Tagesschau. In den Vergleichsmonaten waren es 2020 37,28 TWh und 2021 nur 23,42 TWh. Zwei Fakten fallen ins Auge:

1. Die Erträge sind wetterabhängig über die Jahre sehr verschieden, eine längerfristige Prognose ist nicht möglich.
2. Trotz des vielen Windes wurde die installierte Leistung (64,2 GW) bei weitem nicht erreicht, sondern nur 73 Prozent von ihr. Deshalb sind Zielzahlen an installierter Leistung für die Begründung eines künftigen Energiesystems im Grunde sinnfrei.
3. Bei Starkwind kommt es zur Sicherheitsabschaltung von Anlagen (ab etwa 27 Metern pro Sekunde, ca. 100 km/h). Dies stellt auch die Netzbetreiber vor besondere Herausforderungen, denn die Anlagen schalten aus dem Volllastbetrieb schlagartig ab. In Belgien standen am 18. Februar wegen zu hoher Windgeschwindigkeit erstmals seit 2009 alle Offshore-Windkraftanlagen still.

Obwohl also viel Windstrom ins Netz blies, fiel der Börsenstrompreis im

Gegensatz zu vergangenen Jahren nicht tief ins Minus, sondern nur kurz am 19. Februar auf minus 0,52 Euro pro Megawattstunde (€/MWh). Im Durchschnitt bewegte er sich in dieser 7. Kalenderwoche um die 120 €/MWh. Das ist ein deutlicher Hinweis, dass es den gepriesenen „Überschussstrom“, aus dem der grüne Wasserstoff generiert werden soll, nicht mehr gibt. Auch der Elektrolysestrom wird künftig gut bezahlt werden müssen.

In zu erwartenden windarmen Zeiten bleibt künftig nur der Griff zum Gashahn. Die deutsche Ausstiegspolitik führt nicht nur zu stark steigenden Gasverbräuchen und -preisen, sondern auch zu Zoff im grünen Stuhlkreis. Angesichts der Spannungen um die Ukraine will Klimaminister Habeck nun den Bau des Flüssiggas(LNG)-Terminals in Brunsbüttel vorantreiben, wogegen sich die grüne Basis in Schleswig-Holstein stellt. Was soll auch ein Terminal in Brunsbüttel, das vielleicht 2027 fertiggestellt sein wird, wenn man 2035 auch aus dem Erdgas aussteigen will? Die Begründung erfordert besondere grüne Logik und Denken als sozialem Konstrukt:

Das fossile Erdgas soll aus Klimagründen weg. Die Alternative sei die Produktion von Wasserstoff. Das ist ungefähr so pfiffig, wie Licht in Säcken ins Rathaus zu tragen.

Ein Energierohstoff soll nicht genutzt, dafür ein Energieträger Wasserstoff erst hergestellt werden, wofür eine Unmenge von Strom, natürlich Ökostrom, nötig ist. Der soll aber auch Atom- und Kohlestrom im Netz ersetzen. Es gab letztmalig im November 2021 deutlich negative Preise an der Strombörse als Zeichen von Überschuss.

Dazu kommen nun die politischen Komplikationen um die Gasimporte aus Russland. Der deutsche Energiewendekurs hat zu einem Anstieg der Gasnutzung von 2011 bis 2021 um 35 Prozent geführt, bei sinkenden deutschen und niederländischen Fördermengen. Von der „Übergangstechnologie“ hängt immer noch die Wärmeversorgung von etwa der Hälfte des Gebäudebestands in Deutschland ab, selbst im Wohnungsneubau noch zu 27 Prozent. Nun kommt ein erheblicher Bedarf für die Stromproduktion hinzu.

Die Preisrallye der vergangenen Monate ist ein Indikator künftigen Mangels, dennoch tun deutsche Politiker so, als könne man Russland mit geringeren Importen strafen, ohne uns energetisch zu zerlegen. Jürgen Hardt, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, stellt im radiol-Frühgespräch am 23. Februar tatsächlich die Frage, wie viel russisches Erdgas „wir in Deutschland noch tolerieren wollen“. Noch einer, der nicht bemerkt hat, dass wir am Röhrengas hängen wie der Junkie an der Nadel.

Kommissionspräsidentin von der Leyen riet kürzlich den Mitgliedsländern, sich in Fragen der Energieversorgung breiter aufzustellen. Deutschland verfährt genau gegenteilig, in dem es seinen Energiemix planmäßig durch

Kernkraft- und Kohleausstieg verengt. Dabei stützt es sich auf die Naturgötter wie Sonne und den im Moment sehr gnädigen Wind.

Neben dem rekordträchtigen 16. Februar gab es auch einen 10. Januar mit einer Windleistung von 1,84 GW, gerade einmal 2,9 Prozent der installierten Leistung. Darüber berichtete die Tagesschau nicht. Es könnte die Bürger verunsichern.

Dreht Berlin jetzt Russland den Gashahn ab?

geschrieben von Admin | 2. März 2022

Heute berichtet der bekannte Geostratege, Gas Trading Experte und Regierungsberater Jakob Ihrig posthum über den strategischen Einsatz von Erdgas.

In Folge der politischen Spannungen in der Ukraine erleben wir derzeit eine fieberhafte Shuttlediplomatie. Die Schwergewichte des diplomatischen Corps – wie beispielsweise die aus dem Völkerrecht stammende deutsche Außenministerin – geben sich die Klinken in die Hand, um die Krise zu entspannen. Eine vorrangige Rolle spielen dabei natürlich Sanktionen. Dazu hat der erfolgreiche Kinderbuchautor und derzeit als Minister für Wirtschaft- und Klimaerwärmung eingesetzte Herr H. Beck eine interessante Idee ins Spiel gebracht: *Was passiert, wenn Berlin den Gashahn zudreht?*

Unter diesem Arbeitstitel wurde im Ministerium eine Kommission unter Leitung des für Energiefachfragen zuständigen Staatssekretärs Spaichen ins Leben gerufen. Experten der Opposition hatten zwar darauf hingewiesen, dass man sich aufgrund der vorherrschenden „flow“-Richtung, durch Abriegeln der Gaszufuhr an der deutschen Grenze eher ins eigene Fleisch schneiden würde, dies will H. Beck allerdings nicht gelten lassen. U.a. die von ihm aus verschiedenen Umweltverbänden zusammengestellten Fachexpert*Innengremien sehen dies durchaus differenzierter.

Gasflussrichtung unklar

In Gaspipelines sind unterschiedliche Flussrichtungen möglich, vermutlich nicht zeitgleich aber im zeitlichen Ablauf, so ein von Greenpeace abgeworbener Gasexperte in H.Becks Ministerium. Der Interconnector zwischen dem UK Bacton Hub und Zeebrugge ist ein gutes

Beispiel dafür. Je nach Preisdifferenz könne die physiologische Flussrichtung zwischen UK und Kontinentaleuropa jederzeit von Forward auf Reverse Flow umgeschaltet werden. Location Swaps wurden liquide handelbar und beide Gasmärkte praktisch zu einem vereinigt. So etwas sei auch in Richtung Russland möglich. Eine Fachgruppe des Ministeriums hätte ermittelt, dass die Flussrichtung in modernen Gaspipelines im Wesentlichen durch Druckdifferenzen bestimmt wird. Diese Karte will man spielen. Heute wissen wir aber noch zu wenig darüber, in welcher Richtung das Gas an den Übergabepunkten wirklich fließt!

Gaspipelines sind mehr als ein Stück Rohr

Laien stellen sich unter einer Gaspipeline ein simples Rohr vor. Dies ist aber bei weitem zu stark vereinfacht. Gaspipelines sind komplexe Systeme mit Pumpen, Fittings, Reduzier- und Winkelstücken oder Druckerhöhungsstationen. Da gäbe es technische Zusammenhänge wie Rohrquerschnitte, Oberflächenrauigkeiten, Druckgradienten und vor allem, die durch den Klimawandel zunehmende Corioliskraft in den Rohren selbst. Wir stehen da auch erst am Anfang, das System zu verstehen. Vielleicht gelingt uns das aber auch nie. Daher wolle man sich auch nicht voreilig auf eine bestimmte Flussrichtung festlegen. Erst müssen alle Fakten auf den Tisch, so der Ministeriumssprecher.

Strategisch ist Deutschland klar im Vorteil

Damit hat Deutschland -nach Meinung der Berliner Ampel- klar das strategisch bessere Blatt auf der Hand. Wenn wir den Gashahn in Waidhaus zudrehen, gehen auf den Jamalfeldern die Frackingfördertürme aus, dann fließt kein Kelvin Gas mehr Richtung Osten! Da ist sich die frisch gebackene Außenministerin sicher. Sie wolle Gas allerdings nicht als strategische Waffe einsetzen, aber wenn Russland sich weiterhin weigert, Panzer auf klimafreundlichen E-Antrieb oder Wasserstoff umzurüsten, führe kein Weg an Sanktionen vorbei. Das habe man Sergei Lawrow beim letzten Besuch in Moskau klar vermitteln können und sei dabei auf großes Verständnis gestoßen, wie ARD und ZDF übereinstimmend berichteten.

Opposition uneins

Derweil zeichnet sich in Kreisen der Opposition kein klares Bild ab. Wie das deutsche Redaktionsnetzwerk meldet, warte man unter führenden Unionspolitikern zunächst noch auf klare Vorgaben aus dem Konrad-Adenauer-Haus, bevor man mit eigenem Denken einsetzen wolle. Politiker anderer Parteien halten die Gas-Sache für ausgemachten Unsinn. Schon allein aufgrund der Tatsache, dass Geld von West nach Ost fließe, läge doch die Vermutung nahe, dass Gas genau in die entgegengesetzte Richtung fließen müsse, so ein unwirscher Politiker einer anderen Partei.

Deutsches Ökogas – ein Premiumprodukt mit internationaler Nachfrage

Diesen Thesen widerspricht der Leiter des klimanahen Berliner DIW. Am Beispiel des Stromes konnten wir sehen, wie Preispulleeffekte wirken. Vor wenigen Jahrzehnten war Strom eine billige Ware, die für etwa 10 cent/kWh ohne Struktur aus der Steckdose quoll. Durch die ökologische Veredelung im Rahmen der Energiewende, konnten wir in Deutschland ein äußerst attraktives Produkt mit einer interessanten Signatur im Frequenzgang schaffen. Der Verbraucher fragt dieses Premiumprodukt heute bei Preisen deutlich über 30 cent/kWh in größerem Umfang nach, als den konstant 50Hz Billigstrom vor 20 Jahren. Ähnlich sei es auch beim Gas, das hier viel teurer sei, als in Russland. Aufgrund der ökologischen Veredelung durch Steuern und Abgaben, sei deutsches Gas in Russland zum Statussymbol einer neuen Schicht an klimabewussten Oligarchen geworden. Daher gehe man schon heute davon aus, dass beispielsweise am Übergabehub Frankfurt O. im wesentlichen Reverse Flow nach Osten stattfindet.

Deutschland ist Energieexportland

Die deutsche Energiewende produziert einen Exportschlag nach dem anderen: Nach Negativstrom jetzt auch Premium-Gas. Herr Prof Klatschnik vom Berliner Institut für repräsentative Energieerwärmungssysteme ist sich da sicher und zugleich auch etwas stolz auf das Erreichte. Man darf nur den Glauben nicht verlieren. Wir haben schon viel erreicht, aber wir müssen das Tempo nochmals steigern und mehr sektorübergreifend innovative Systemkonzepte im Rahmen eines ganzheitlich veganen Klimawandels umsetzen. Dass wir Erdgas heute auch als strategisches Element der Außenpolitik einsetzen können, hätte von wenigen Jahren noch niemand für möglich gehalten. Auch heute würden aber noch viele der Ewiggestrigen die Chancen nicht sehen und stattdessen glauben, dass wir uns in eine katastrophale Abhängigkeit von russischen Energielieferungen manövriert hätten.

Rückblick – Dematerialisierung statt Dekarbonisierung

geschrieben von Admin | 2. März 2022

Edgar L. Gärtner

Vor kurzem erregte dieser von Tichy übernommener Beitrag von Frank Hennig über den Materialaufwand für Windkraftanlagen meine Aufmerksamkeit. Denn er erinnerte mich an die Zeit vor mehr als 20

Jahren, in der die Debatte über ökologieverträglichere Formen des Wirtschaftens noch nicht auf das Spurengas CO₂ verengt worden war.

Frank Henning vergleicht im zitierten Beitrag den Materialaufwand einer Windkraftanlage (WKA) vom Typ Enercon E-82 mit 3,2 Megawatt Nennleistung (130 Meter Nabenhöhe) mit dem Gewicht von Diesel-Aggregaten vergleichbarer Leistung. Eine solche WKA liefert bei geschätzten 2.000 Volllaststunden einen zufallsabhängigen Jahresertrag von 6,4 Gigawattstunden (GWh). Diese Leistung erfordert einen Materialaufwand von insgesamt 2.150 Tonnen. Zwei MAN V10-Dieselmotoren mit je 18 Litern Hubraum, 500 Kilowatt Dauerleistung und 8.000 Betriebsstunden würden im gleichen Zeitraum bedarfsgerecht regelbar etwa 8 GWh erzeugen, aber nur drei Tonnen auf die Waage bringen. Das Missverhältnis erschiene noch extremer, würde zusätzlich berücksichtigt, welche Massen insgesamt bewegt werden müssen, um die Konstruktionsmaterialien herzustellen. Denn dann fielen die riesigen Abraumengen mit toxischen Bestandteilen ins Gewicht, die bei der Gewinnung seltener Erden wie vor allem von Neodym für die Permanent-Magneten der WKA-Dynamos anfallen.

Das erinnert mich an das MIPS-Konzept, das gegen Ende der 1990er Jahre die Runde machte. MIPS bedeutet Material-Input pro Serviceeinheit. Das ist ein Indikator für die Umweltbelastung beliebiger menschlicher Tätigkeiten, der von Prof. Friedrich Schmidt-Bleek als Vizepräsident und Direktor der Abteilung Stoffströme und Strukturwandel des Wuppertal Instituts unter der Präsidentschaft Ernst Ulrich von Weizsäckers entwickelt wurde. Der Physiko-Chemiker Schmidt-Bleek hatte sich zuvor am deutschen Umweltbundesamt und bei der OECD in Paris als Erfinder der modernen Chemikaliengesetzgebung einen Namen gemacht. Seinen Spitznamen „Bio“ bekam der 1932 in Bandung auf Java/Indonesien geborene Friedrich Schmidt-Bleek, weil seine Schwester und seine indonesischen Spielkameraden seinen deutschen Vornamen nicht richtig auszusprechen vermochten. Bio, der auch künstlerisch begabt war, hatte sich bis ins hohe Alter eine kindliche Kreativität und Begeisterungsfähigkeit bewahrt. Als er im Juni 2019 im Alter von 86 Jahren in Berlin starb, gab es allerdings nur wenige würdige Nachrufe.

Dabei war Schmidt-Bleeks erstmals 1994 erschienenen Buch „Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS. Das Maß für ökologisches Wirtschaften“ in der Öko-Szene einhellig als genial begrüßt worden, weil es ermöglichte, verschiedenste Umweltbelastungen mit einem einzigen Indikator zu bewerten. Dabei sollen einfach sämtliche Materialien (einschließlich Abfall), die für die Herstellung eines Gegenstandes bewegt werden müssen, aufaddiert werden. Diese Stoffmenge ist der „ökologische Rucksack“. Dieser ist zum Beispiel bei einem Goldring so schwer wie ein Kleinbus, da für die Gewinnung des seltenen Edelmetalls riesige Materialmengen bewegt werden müssen. Wird z.B. ein Pkw mit einem Edelmetall-Katalysator ausgerüstet, verdoppelt sich das Gewicht seines ökologischen Rucksacks. Dieser bezieht sich allerdings nicht auf die Ruhemasse eines Produkts, sondern auf das Gewicht der mit diesem im Laufe seines Lebenszyklus erzielten Dienstleistungseinheiten. Bezugspunkt

bei einem Windrad wäre also die im Laufe dessen 20-jähriger Abschreibungsfrist erzielbare elektrische Arbeitsleistung im Vergleich zu konkurrierenden Techniken der Elektrizitätserzeugung.

Die Fokussierung auf die erzielbare Dienstleistung statt auf die Ruhemasse von Produkten sollte es nach Schmidt-Bleek in nur einer Generation erlauben, unseren erreichten materiellen Wohlstand mit nur einem Zehntel des Rohstoff-Aufwandes zu erzeugen. Er prägte das Schlagwort "Dematerialisierung" (das nichts mit der von Papst Benedikt XVI. geforderten „Entweltlichung“ zu tun hat). Um über die Wege, dorthin zu gelangen, zu diskutieren, gründete Schmidt-Bleek schon im Jahre 1994, d.h. noch bevor er 1997 in der Provence seinen Ruhestand antrat, im Flecken Carnoules nordöstlich von Toulon den „Factor 10 Club“, zu dem auch ich eingeladen wurde. Bio Schmidt-Bleek, selbst alles andere als ein asketischer Eiferer, sondern Bonvivant, versammelte in seiner nach und nach zur Villa mit Pool ausgebauten Hütte jedes Jahr im Spätsommer eine illustre Schar von „Ökos“ zu einem mehrtägigen Seminar mit gutem Essen und viel Rosé- und Rotwein. Dazu gehörten neben Wissenschaftlern und Politikern auch Industrielle wie Claude Fussler, damals Vizepräsident von Dow Chemicals Europe, oder der deutsche „Textilkönig“ Klaus Steilmann. (Ich selbst arbeitete damals u.a. für den deutschen Chemieverband VCI.)

Im Spätsommer 2001, während des letzten Faktor-10-Seminars, dem ich beiwohnte, kam die Nachricht, dass Schmidt-Bleek zusammen mit seinem früheren Chef (und Rivalen) Ernst Ulrich von Weizsäcker für das Konzept der Dematerialisierung den mit umgerechnet etwa einer Million Euro dotierten japanischen Takeda Award zugesprochen worden war. Die beiden gaben ein unwürdiges Schauspiel, als sie sich vor den versammelten Seminarteilnehmern darüber stritten, wem der größere Teil dieser „Beute“ zustehen sollte. Ich bekam den etwas makabren Auftrag, einen Artikel mit einem Foto der sich friedlich in den Armen liegenden Preisträger in den „VDI-Nachrichten“ (Düsseldorf) zu platzieren. Da Digital-Kameras damals noch keine ausreichend scharfen Bilder machten, arbeitete ich mit einer analogen Spiegelreflex-Kamera mit Dia-Film und stand vor dem Problem, das geschossene Foto unverzüglich einscannen und per E-Mail nach Düsseldorf schicken zu müssen. Meinen Scanner hatte ich leider nicht dabei. Am nächsten Tag erfuhr ich, dass ein Fotogeschäft in einem Nachbarort Dias auf Disketten ziehen könne. Auf dem Weg dorthin hörte ich im Autoradio erste Meldungen über Flugzeugeinschläge ins New Yorker World Trade Center. Als ich im Nachbarort ankam, waren auf den Bildschirmen bereits die brennenden Twin Towers zu sehen. Mit dieser Form der „Dematerialisierung“ hatte bis dahin kaum jemand gerechnet.

Für mich begann damals ein neuer Lebensabschnitt, denn ich ging auf Distanz zur Öko-Schickeria, deren Scheinheiligkeit ich nicht mehr ertragen wollte. Neben dem Schrecken der einstürzenden Twin Towers gab dafür die Art, wie Wortführer des „Factor-10-Club“ wie vor allem der Niederländer Prof. Wouter van Dieren sowie Ernst Ulrich von Weizsäcker (beide auch Mitglied des „Club of Rome“) mit dem damals gerade

erschienen ersten Bestseller des dänischen Ex-Greenpeace-Manns Bjørn Lomborg unter dem Titel „*The Skeptical Environmentalist*“ (deutsch: „*Apocalypse No!*“) umgingen. Beide setzten alles daran, die „Ökos“ vom Lesen dieser seriösen statistischen Bestandsaufnahme des ökologischen Zustandes unseres Planeten abzuhalten, indem sie Lomborg als korrumpierten Rosinenpicker hinstellten.

Dabei hatte Schmidt-Bleek in seinem oben zitierten grundlegenden Buch von 1994 eindringlich auf folgendes hingewiesen: *„Ergebnisse, an denen kein Zweifel mehr erlaubt ist, darf es in der Wissenschaft nicht geben, wenn Wissenschaft nicht zur Ideologie mutieren soll: und nichts wäre schlimmer, als wenn es keinen Forscher mehr gäbe, der den Kollegen seines Faches öffentlich widerspräche – auch und gerade in politisch so aufsehenerregenden Gebieten wie der Umwelt- und Klimaforschung.“* Zwar hat auch Schmidt-Bleeks MIPS-Konzept m. E. totalitäres Potenzial. Doch zeigte es sich bald, dass es quer zum grünen Mainstream lag. Dort galten die „Treibhausgase“ Kohlenstoffdioxid und Methan zunehmend als alleiniger Maßstab der Umweltbelastung. „Bio“ hingegen konnte nicht akzeptieren, dass man die Landschaft mit Zigtausenden von Ungetümen aus Beton und Stahl verunstaltet, deren Materialbedarf sich auf Zig Millionen Tonnen summiert, nur um einige Tonnen des (zu Unrecht verteufelten) CO₂ einzusparen.

Im Jahre 2014 veröffentlichte Bio unter dem Titel „Grüne Lügen“ eine umfassende Abrechnung mit grün gefärbter Geschäftemacherei. Darin finden sich Sätze wie diese: *„Die Energiewende trägt nicht zur Entschärfung von Umweltproblemen bei, weil sie anstelle von Ursachen nur Symptome bekämpft. Sie trägt nicht einmal maßgeblich zur Verlangsamung des Klimawandels bei! Und zwar deshalb, weil sie sich nahezu ausschließlich auf technische Energie konzentriert, und hier auf den Ausstoß von CO₂. Die Ursachen für den Klimawandel liegen jedoch nicht allein in der Verwendung technischer Energie und der damit verbundenen Emission von CO₂, sondern auch und in allererster Linie im Verbrauch natürlichen Materials.“* Und weiter: *„Wenn aber der Verbrauch von Ressourcen ebenso zum Klimawandel beiträgt wie die CO₂-Emissionen, wenn er zudem andere, schwerwiegende Umweltprobleme erzeugt, so bedeutet dies, dass 19 die Energiewende diese Probleme nicht löst, sondern sogar noch verschärft. Denn viele als grün gepriesene Technologien erfordern einen extrem hohen Materialeinsatz.“* Danach wurde es still um Bio und seine Ideen. Denn die politisch korrekte deutsche Öko-Szene konnte ihm das nicht verzeihen. Eine unheilbare Krebserkrankung zwang ihn schließlich, die provenzalische Idylle zu verlassen und Zuflucht bei einem seiner Söhne, einem bekannten Internisten, in Berlin zu suchen. Dort starb er im Juni 2019 im Alter von immerhin 86 Jahren.